

## Terminkalender

### Workshop

**16. Juli** Versorgungsepidemiologische Auswirkungen des demografischen Wandels, Universitätsklinikum Greifswald

### Fachtagung

**17. Juli** „Datenschutz im Tourismusland MV“, Stralsund, Ozeaneum

### Rente

**25. Juli** Veranstaltung zur Rentenüberleitung im Harz-Kreis

### Gesundheitsmesse

**23. August** Binz, Grußwort als Schirmherrin

### Informationstour

**25. bis 28. August** Rostock

### Gespräch

**2. September** „Martina Bunge lädt ein“, 18 bis 21 Uhr

### Landtour

**1. bis 4. September** Begegnungen im Wahlkreis

### Bundestagsbüro

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 030.22770067  
Fax: 030.22776076  
martina.bunge@bundestag.de

### Wahlkreisbüros

in Wismar, Rostock, Parchim, Lütz, Grevesmühlen und Gadebusch

### Kontakt über

Lübsche Straße 97  
23966 Wismar  
Telefon: 03841.3265993  
Fax: 03841.3265994

### Björn Griese

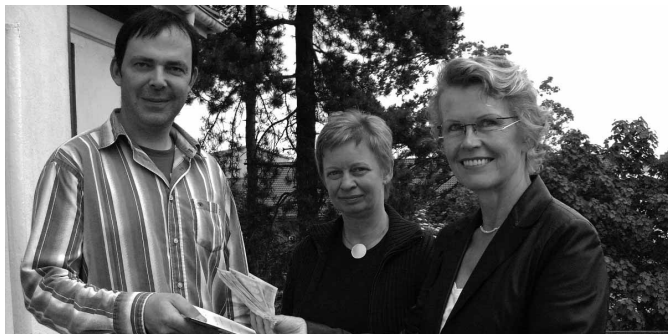
Mobil: 0173.2140583  
martina.bunge@wk.bundestag.de

### Rainer Raeschke

Mobil: 0172.3201859  
martina.bunge@wk2.bundestag.de

## Diätenspende

# 175 € für „Positiven“-Treffen



Seit Beginn des Jahres spendet Martina Bunge monatlich den Nettobetrag der Diätenerhöhung an verschiedene Projekte. Die Spende im Monat Juni ging an die AIDS-Hilfe Westmecklenburg

und diente zur Unterstützung des „Positiven“-Treffens auf der Insel Usedom. Die Übergabe der 175 Euro erfolgte bei einem Gespräch mit Roy Rietentidt und Gabriele Drisga (beide links im Bild).

## Antrag der Linken zur Altersteilzeit brüskiert SPD wieder eingeknickt

Am 16. Juni hat sich das SPD-Präsidium für eine Fortführung der Altersteilzeit ausgesprochen und damit eine große öffentliche Debatte ausgelöst. Zehn Tage später, am 26. Juni, hat die SPD-Fraktion im Bundestag einen Antrag zur Beibehaltung der Altersteilzeit abgelehnt. Wieder einmal konnte sie nicht über ihren Schatten springen – der Antrag stammt nämlich von der Linksfraktion, die diesen bereits Anfang Mai eingereicht hatte. Über die Altersteilzeit ist es Arbeitnehmern möglich, allmählich und ohne gravierende finanzielle Einbußen aus dem Berufsleben aussteigen. Sie können entweder für den Rest der Zeit bis zum Rentenalter etwas kürzer treten oder aber weiter „voll“

arbeiten und dafür früher in den Rentenstand wechseln. Diese Regelung hilft vielen Älteren, gesünder in den Ruhestand zu kommen. Vielen Jüngeren ebnet sie einen Weg in die Betriebe, denn die Bundesagentur für Arbeit übernimmt einen Teil der Kosten, wenn der frei werdende Arbeitsplatz wieder besetzt wird. Das Gesetz dazu läuft Ende 2009 aus. Unser Antrag ist kurz und bündig: „Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die Förderung der Bundesagentur für Arbeit für Leistungen nach dem Altersteilzeitgesetz über den 31. Dezember 2009 fortzuführen.“ Doch allein die Abgeordneten der Linksfraktion stimmten dem Antrag zu.



## Nr. 8

Sommer 2008

Kampagne für gute Rente • Präventionsgesetz für mehr Gesundheit • Gefahrenquelle Handy • Nur Rezeptfreies über Versand • Altersteilzeit: SPD eingeknickt • Diätenspende für AIDS-Hilfe

# klipp und klar.

Dr. Martina Bunge informiert

## Auf ein Wort

# Elterngeld: ärmere Familien zahlen drauf

### Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wer ein Baby bekommt, erhält Elterngeld. Soweit so gut. Doch es ist nicht alles (nur) Gold, was glänzt – auch wenn die Bundesregierung das Elterngeld immer wieder als Erfolg feiert. Es wird nach der Geburt eines Kindes für 12 Monate gezahlt. 14 Monate werden gewährt, wenn der Vater für mindestens zwei Monate die Betreuung des Kindes übernimmt. Die Höhe richtet sich nach dem Einkommen des betreffenden Elternteils und beträgt 67 Prozent des vorherigen Nettoeinkommens, höchstens aber 1.800 Euro. Die Mindestsumme liegt bei 300 Euro. Diesen Betrag erhalten Menschen mit Mini-verdiensten und auch dieje-

nigen, die unter die Hartz-IV-Gesetze fallen.

Der Vorgänger des Elterngeldes war bis Ende 2006 das Erziehungsgeld. Eltern, deren Einkommen bestimmte Grenzen nicht überschritt, konnten sich entscheiden: für 450 Euro über 12 Monate oder für 300 Euro über 24 Monate.

Für alle, die eins und eins zusammen zählen können, lag auf der Hand, dass viele Mütter und Väter durch die Neuerung deutlich schlechter gestellt werden. Das bestätigte nun die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion.

56 Prozent der Eltern beziehen ein Elterngeld von 500 Euro oder weniger. Sie hätten mehr vom früheren

Erziehungsgeld profitiert. Bei Familien, die nur 300 Euro erhalten (das sind immerhin 32 Prozent von allen) ist der Anspruch fast halbiert. Das ist eine Familienpolitik für Besserverdienende. Deshalb fordern wir eine Anhebung des Mindestbetrages auf 450 Euro. Außerdem wollen wir eine Anhebung der Bezugsdauer: Väter und Mütter sollen jeweils einen Anspruch auf zwölf Monate Elterngeld haben. Das wäre gerecht, gut für die Kleinen sowie für Papa und Mama – eine Investition in die Zukunft.

Es grüßt Sie Ihre

Dr. Martina Bunge ist Vorsitzende des Gesundheitsausschusses

## Auf den Punkt

„Der Exportweltmeister Deutschland kann und muss sich denselben Mindestlohn wie Frankreich leisten.“

Oskar Lafontaine am 24. Juni zur Erhöhung des Mindestlohnes auf 8,71 Euro im Nachbarland

**DIE LINKE.**  
IM BUNDESTAG

# Gute Arbeit. Gute Löhne. Gute Rente.

Kaum ein Tag vergeht, ohne dass die Rente in den Medien eine Rolle spielt. Doch für die Linkspartei ist es nach wie vor schwer, mit ihren Positionen in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden. Um die Menschen über unsere Vorschläge zu informieren, haben wir eine Informationskampagne zur Rente gestartet.

Sie steht unter dem Motto „Gute Arbeit. Gute Löhne. Gute Rente.“

Wir wollen ordentliche Arbeit mit ordentlichen Löhnen. Wer arbeitet, soll davon leben können. Und: Er (und sie natürlich ebenfalls) soll später auch mit der Rente auskommen. Wer, wie heute sehr verbreitet, eine schlechte Arbeit mit

schlechtem Lohn hat, soll später ebenfalls nicht auf eine Armutsrente unterhalb des Hartz-IV-Niveaus verwiesen werden. Allen Älteren – auch den zukünftigen – muss die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben möglich sein. Das werden alle gut finden, aber die meisten fragen dann: Woher soll das Geld kommen? Die Arbeitgeberverbände und alle anderen Fraktionen im Bundestag meinen, das traditionelle Rentensystem sei nicht mehr zu bezahlen. Diese Auffassung teilen wir nicht. Erstens wollen wir, dass es bei den Beiträgen wieder *pari-pari* zugeht. Eine Hälfte zahlt der Arbeitnehmer, die andere der Arbeitgeber.

Dieses seit Bismarck geltende Prinzip ist ausgehebelt, seit die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für eine einigermaßen auskömmliche Altersversorgung privat vorsorgen müssen – Stichwort Riemer. Nutznießer sind vor allem die Versicherungskonzerne. Zweitens wollen wir eine einheitliche Rentenversicherung für alle Erwerbstätigen. Das hieße auch die Einbeziehung zum Beispiel von Abgeordneten, Beamtinnen und Beamten oder Selbständigen. So könnten die Privilegien von Besserverdienenden abgebaut und die Solidargemeinschaft gestärkt werden. Niemand müsste mehr Angst vor Altersarmut haben.

## Präventionsgesetz dringend erforderlich

# Der Gesundheit mehr Chancen

Was viele schon lange vermuteten, findet immer häufiger in Studien seine Bestätigung: Wer arm ist, wird öfter krank, hat häufiger chronische Leiden und stirbt früher. Die zunehmende soziale Ungleichheit zieht ihre Spur: Gesundheit ist immer weniger gleichermaßen für alle gewährleistet. Dabei ist sie eine zentrale Voraussetzung nicht nur für Wohlbefinden, sondern für gesellschaftliche Teilhabe und Selbstbestimmung. Gesundheitliche Chancengleichheit bedarf einer wirksamen Armutsbekämpfung. Als Gesundheitspolitikerin setzte ich zudem auf Gesund-

heitsförderung und Prävention. Dafür ist dringend ein gesetzlicher Rahmen erforderlich – ein Präventionsgesetz. In dieser Auffassung sehe ich mich durch zahlreiche Fachleute bestärkt, die sich vor kurzem bei einer Anhörung des Gesundheitsausschusses zu Wort meldeten. Diese Anhörung fand auf Drängen der drei Oppositionsparteien statt. Union und SPD haben die Erarbeitung eines Präventionsgesetzes erst einmal auf Eis gelegt, obwohl es ein Vorhaben aus dem Regierungsvertrag war. Ob es noch in dieser Wahlperiode zustande kommt, ist fraglich, denn zu verschie-

den sind die Meinungen der Koalitionäre und viel Zeit bleibt nicht mehr. Wirksame Prävention muss bei den Lebenswelten der Menschen ansetzen. In Deutschland dagegen überwiegen Projekte und Programme, die auf Wissensvermittlung und Aufklärung setzen. Ihre gesundheitlichen Wirkungen sind zumeist gering, da sie den Alltag der Menschen ausblenden. Voraussetzung für eine lebensweltbezogene Prävention ist eine dauerhaft funktionierende und flächendeckende Infrastruktur. Versteifung statt Aktionismus ist gefragt.

Antrag 16/7471

Gute Beratung in Apotheken erhalten

# Versand: nur Rezeptfreies

Immer mehr Arzneimittel werden über das Internet bezogen. Neuerdings beteiligen sich auch Drogerieketten am Versandgeschäft. Aber Arzneimittel sind besondere Güter. Über ihre gewünschten und unerwünschten Wirkungen müssen die Patientinnen und Patienten umfassend beraten werden. Vor allem ältere Menschen, die mehrere Medikamente einnehmen, brauchen eine gründliche Information. Diese kann immer noch am besten in der Apotheke mit ihrem Personal gewährleistet werden. Doch die Apotheken sind durch den Versandhandel in Gefahr geraten. Damit auf lange Sicht überall – auch in ländlichen Regionen – eine patientennahe, sichere und rasche Versorgung über die Apotheke

bestehen bleibt, ist meine Fraktion DIE LINKE im Bundestag aktiv geworden. Wir verlangen eine Beschränkung des Versandhandels auf rezeptfreie Medikamente. Denjenigen, die die möglichen Kosteneinsparungen durch den Versandhandel ins Feld führen, sei gesagt: Nicht die Apotheken, sondern die Pharmakonzerne sind die Preistreiber. Neuerdings sollten Menschen mit finanziellen Anreizen – sogar dem Wegfall der Zuzahlungen – von den Apotheken weg gelockt werden. Das wurde unlängst als rechtlich unzulässig erklärt. Nicht die Apotheken dürfen niedriger konkurriert werden, die Zuzahlungen müssen für alle weg.

Antrag 16/9754  
Plenarprotokoll 16/172

## Mobilfunkstrahlung minimieren – Vorsorge stärken

# Gefahrenquelle Handy?

Das Bundesumweltministerium ließ verlauten, dass das Telefonieren mit Handys kein erhöhtes Krebsrisiko mit sich bringt. Allerdings seien Langzeitfolgen und die Auswirkungen auf Kinder noch nicht genügend erforscht. Ich meine, weitere Untersuchungen sind dringend nötig. Wir brauchen Langzeitbetrachtungen, die unabhängig von der Mobilfunkindustrie erfolgen. Die Linksfraktion hat einen Antrag gestellt, mit dem sie die Mobilfunkstrahlung minimieren und die Vorsorge stär-

ken will. Dabei geht es nicht nur um das Handy selbst, sondern um das Mobilfunknetz insgesamt. Unter anderem fordern wir schärfere Grenzwerte und strengere Genehmigungsverfahren für Mobilfunkanlagen. Für Krankenhäuser, Schulen, Kindergärten und Altenheime sollen besondere Schutzzonen gelten. Zusätzliche Maßnahmen zur Begrenzung des Strahlenrisikos speziell für Kinder und Jugendliche sind zu veranlassen.

Antrag 16/9485

## Drucksache

Initiativen der Fraktion

### Kinderzuschlag.

Der bislang gezahlte Kinderzuschlag ist kein wirksames Mittel gegen Kinderarmut: Er ist zu niedrig, erreicht zu wenige Familien, benachteiligt Alleinerziehende und verursacht enorme Verwaltungskosten bei geringem Ertrag. Das muss behoben werden.

Antrag, DS 16/9746

### Klimaschutz.

Ab dem Jahre 2012 sollte der CO<sub>2</sub>-Ausstoß aller neu zugelassenen PKW auf 120 Gramm pro Kilometer festgelegt werden.

Antrag, DS 16/9307

### Rufnummer.

Die bisher kostenpflichtige Telefonnummer der Arbeitsagentur muss in eine gebührenfreie Rufnummer umgewandelt werden.

Antrag, DS 16/9097

### Hermes-Bürgschaft.

Der Bau des Ilisu-Stausees in der Türkei hat zahlreiche soziale, ökologische und menschenrechtliche Bedenken ausgelöst. Die Bundesregierung soll deshalb die Exportkreditgarantie (Hermes-Bürgschaft) über 93,5 Millionen Euro zurückziehen.

Antrag, DS 16/9308

### Bäume und Sträucher.

Das Bundeswaldgesetz ist zu überarbeiten. In der neuen Fassung muss die Nutzung von gentechnisch veränderten Bäumen und Sträuchern ausgeschlossen werden.

Antrag, DS 16/9075